

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

SIEBTES JAHR  
DEZEMBER 1956

WILLI EICHLER

## Die Bewährungsprobe der Vereinten Nationen

Die erregenden Ereignisse im Nahen Osten und in Ungarn haben eine so völlige Verwirrung in der Haltung von einzelnen Staaten, Völkern und ihren Parteien gezeigt, daß man vielleicht von diesen Ereignissen her das Datum festlegen könnte, an dem eine etwas tiefere Besinnung auf die Möglichkeiten, der gequälten Menschheit den Frieden zu sichern, beginnt. Seit Kants berühmter Schrift: „Zum ewigen Frieden“ (1797) hat es zwar oft Versuche gegeben, den Völkern die Geißel des Krieges zu ersparen — heute ist der *Entschluß* möglich und nötig, die Sicherung des Friedens zu organisieren.

### *Die Ost-West-Spaltung*

Der erste Weltkrieg, von den meisten Zeitgenossen als Rückfall in die längst überwunden geglaubte Barbarei empfunden, hatte mit der bolschewistischen Oktoberrevolution ein grundsätzlich neues Element in die moderne Staatengemeinschaft gebracht. Das wurde von . Freunden und Feinden dieser Revolution durchaus begriffen. Sowohl die Versuche der militärischen Intervention gegen den machtpolitisch zunächst nicht imponierenden Sowjetstaat als auch die Streikbewegung internationaler Gewerkschafter gegen den Versuch, die Interventionsarmeen mit Waffen zu beliefern, zeigen das. Wir reden hier von der Russischen Revolution und der Entwicklung der Sowjetunion nur insofern, als sie einer der wesentlichsten Faktoren im großen Machtkonzert geworden sind, und deshalb ohne die Kooperation der Sowjetunion der Friede nicht gesichert werden kann. Damals freilich haben gewiß nur wenige vorausgesehen, daß eine solche Entwicklung in verhältnismäßig so kurzer Zeit möglich wäre. Der Gegensatz zwischen der „östlichen“ und der „westlichen“ Welt aber hat, trotz aller Konflikte und konkurrierenden Interessen auf der Seite des Westens, immer eine bedeutende Rolle gespielt, insbesondere nachdem Hitler 1933 an die Macht gekommen war. Er war für viele westliche Politiker, verglichen mit der Sowjetunion, ohne Frage das „kleinere“ Übel. Eine gemeinsame außenpolitische Front gegen Hitler war nicht zustande gekommen, und man kann gewiß ohne Übertreibung behaupten, daß der Viererpakt von München im Herbst 1938, unter bewußter und betonter Ausschließung der Sowjetunion zustande gekommen, einer der Hauptbeweggründe für Stalin war, seinen fatalen „Freundschaftspakt“ mit Hitler zu schließen, um den Krieg in den Westen zu verlegen.

Litwinows Wort vom unteilbaren Frieden hatte sich sehr bald, nach dem es ausgesprochen, bewahrheitet. Der Versuch einzelner Staaten, ihre Haut auf Kosten anderer zu schonen, wurde durch die weitere Entwicklung grausam als Illusion entlarvt. Die Angriffskriege Hitlers und seiner Verbündeten hatten zwar schließlich fast die gesamte Welt gegen Hitler und die „Achse“ zusammengeführt. Doch das die Hitlergegner zusammenhaltende Band war ihre bloß negative Einigkeit in dem Wunsch, das Hitlerregime und seine Verbündeten zu Fall zu bringen. Als dies gelungen war, traten die alten Gegensätze wieder hervor. Sie verhinderten eine gemeinsame Politik des Ausbaus Staats- und völkerrechtlicher Sicherungen, die ein nochmaliges Völkergemetzel unmöglich machen mußten.

#### *Der Sieg ist kein Frieden*

Es wäre töricht, die völkerrechtlichen Fortschritte zu verkennen, die über die Erklärungen der Atlantic Charter hinaus schließlich zur Gründung der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen führten. Aber sie mußten in einer Welt, die im übrigen ihre innere und äußere Politik nicht entscheidend geändert hatte, mindestens zunächst ein mehr abstraktes Dasein führen. Das Ende des zweiten Weltkrieges hatte im Grunde weder Sieger noch Besiegte zu der Einsicht gebracht, daß kein bloßer Wiederaufbau des Zerstörten, sondern ein radikaler Neuaufbau in grundsätzlich neuen Formen nötig war. Der alte Gegensatz zwischen „Ost“ und „West“ war keineswegs beseitigt; die Konferenzen von Teheran und Jalta hatten mehr zu einer sorgfältigen „Abgrenzung“ der „Interessensphären“ geführt als zu Plänen für eine gemeinsame Friedensarbeit. Und diese starre Abgrenzung der Einflußgebiete, die Einfügung ganzer Völker in künstlich konstruierte Machtsysteme, das Festhalten an alten Ideologien und überholten Wertschätzungen hatte bald jeden sachlichen Verständigungsversuch zum Scheitern verurteilt. Die lange Reihe fruchtloser und nervenzerrüttender Konferenzen setzte die Meilensteine wachsender Verzweiflung. Das Spielen mit der Möglichkeit eines dritten Weltkrieges war keineswegs grundsätzlich aus dem Denken und den politischen Spekulationen verbannt worden. Daß an dieser Entwicklung die Außen- und Rüstungspolitik der Sowjetunion einen entscheidenden Anteil hatte, ist unbestritten und auch unbestreitbar. Sie hatte ihr Machtsystem in Osteuropa gewaltig ausgebaut unter zynischer Verletzung der Versprechungen, den Völkern dort die Wahl einer Regierung zu überlassen, die sie sich selber wünschten: Die „Volksdemokratien“ wurden das Begräbnis der Demokratie. Der Staatsstreich in der Tschechoslowakei, die Blockade Berlins und die Unterstützung des Einmarsches der Nordkoreaner nach Südkorea waren Alarmsignale, die den Westen zu seiner riesigen Rüstungsanstrengung veranlaßten.

#### *Der Sinn der Koexistenz*

Die gewaltige Rüstungslast, die sich wie eine eiserne Klammer um Wirtschaft und Wohlergehen der Völker legt und jedes Planen einer friedfertigen Zukunft stört, hat sich schließlich selber ad absurdum geführt. Die Entwicklung der Atomwaffen und der Wasserstoffbombe hat jedem klagemacht, daß ein Weltkrieg allgemeine Vernichtung bedeutet und deshalb als Entscheidungsmittel internationaler Streitfragen praktisch unmöglich geworden ist. Das ist eine Erkenntnis von ungeheurer Tragweite für das Schicksal der Völker, die leider noch nicht als Axiom jeder künftigen Außenpolitik gilt.

Die sogenannte Politik der Koexistenz war eine der Konsequenzen, die man daraus zog. Da auch die Sowjetunion durch einen Weltkrieg in die allgemeine Zerstörung eingebegriffen würde, darf man ihr glauben, daß sie an einer solchen Politik wirklich *interessiert* ist. Das allgemein sichtbare Zeichen dieser Erkenntnis war die „Entstalinisierung“ — wenn sie auch nicht *nur* aus dieser Überlegung erfolgte. Hinzu kam offenbar auch die

## DIE BEWÄHRUNGSPROBE DER VEREINTEN NATIONEN

Einsicht in die Notwendigkeit, das innenpolitische System der Wirtschaft, Verwaltung und Polizei so weit wie möglich „aufzulockern“, weil die Entwicklung des Sowjetstaates heute andere Methoden erfordert, als sie vor 30 Jahren möglich waren. Schließlich aber: Der kommunistische Block war vor allem nach der kommunistischen Revolution in China so angewachsen und die Wirtschaftskraft der Sowjetunion so erheblich gestärkt, daß damit auch das Selbstgefühl der Sowjets außerordentlich gehoben war und sie glauben konnten, sich auf einen friedlichen Konkurrenzkampf mit dem Westen einlassen zu können.

Dieser Konkurrenzkampf geht im wesentlichen um den Teil der Erde, der bisher vermieden hat, sich einem der beiden Machtblöcke anzuschließen, wie sie durch die NATO und den Warschauer Pakt militärisch konstituiert sind. Es handelt sich im wesentlichen um die sogenannten farbigen Völker. Bei ihnen hat die Sowjetunion vieles dem Westen gegenüber voraus, im wesentlichen zwei entscheidende Dinge: Der Westen gilt bei den farbigen Völkern durch seine ganz- oder halbkoloniale Ausbeutungspolitik als kompromittiert; er kann nur durch äußerste und dauernde Anstrengungen beweisen, daß diese Politik wirklich der Vergangenheit angehört oder sich in Liquidation befindet. Die Sowjetunion hat den Vorwurf des Kolonialismus nicht zu befürchten, und sie ist für die farbigen Völker ein faszinierendes Beispiel, wie ein Volk ohne Hilfe von außen, nur auf seine Kraft vertrauend, aus einem agrarischen Feudalstaat zu einem der ersten Industriestaaten der Welt werden konnte.

Im Lichte hauptsächlich dieser beiden Erscheinungen müssen wir, wie ich glaube, die tatsächliche und die mögliche Entwicklung des Völkerlebens und der Sicherung des Friedens betrachten: dem Gegensatz zwischen „Ost“ und „West“ und dem unaufhaltsamen Zug der farbigen Völker nach nationaler Unabhängigkeit und sozialem Aufstieg. Dies ist der Rahmen, innerhalb dessen die Interessen aller Beteiligten abzuwägen sind und in dem versucht werden kann, *alle* zu Anstrengungen zu bewegen in Richtung auf das gemeinsame Ziel: wenigstens Kriege unmöglich zu machen.

### *Die falsche Rechnung*

Diese Aufgabe ist für alle Völker die dringendste. Und sie ist heute keine Utopie, denn sie setzt *nicht* die Beseitigung *aller* Gegensätze voraus. Aber sie ist nicht von allen Regierungen begriffen worden. Nur so ist erklärlich, daß der Krieg im Nahen Osten ausbrechen konnte. Und auch die fürchterlichen Ereignisse in Ungarn haben den Frieden aufs Spiel gesetzt.

Nehmen wir zunächst die Ereignisse in Ägypten. Die Gründung des Staates Israel hat nie die Billigung der arabischen Welt gefunden. Uns scheint, daß hier die übrige Welt sich nicht entschieden genug für eine Befriedung zwischen Israel und der arabischen Welt eingesetzt hat. Es war eine unerläßliche Aufgabe der Vereinten Nationen, den Arabern so deutlich wie möglich klarzumachen, daß sie sich mit der Existenz des Staates Israel abzufinden hätten. Denn niemand wird behaupten können, daß die arabische Welt durch den Staat Israel wirtschaftspolitisch oder außenpolitisch bedroht sei, gar nicht zu reden davon, daß das vom Staat Israel eingenommene Territorium der arabischen Welt in keiner Weise den „Lebensraum“ empfindlich einengt. Die ständige Drohung Ägyptens, es werde Israel vernichten, so bald es dazu in der Lage sei; die Weigerung, aus dem Waffenstillstand heraus zu einem Friedensvertrag zu kommen; die dauernden Überfälle an der Grenze; die Weigerung der Araber, ihre Flüchtlinge aus Israel vernünftig unterbringen zu helfen; das Verbot, israelische Schiffe durch den Suezkanal fahren zu lassen; die gegen Israel gerichteten Militärbündnisse und vieles andere hätten die Vereinten Nationen zu energischen Schritten veranlassen müssen — mindestens, um unzweideutig festzustellen, wer für ein friedliches Verhältnis zu haben war und wer nicht. Aber obwohl die Sorge Israels vor der ständigen Drohung der arabischen Welt nur zu begründet war, kann es heute trotzdem

keine Entschuldigung geben für den Entschluß *Ben Gurions*, die Position Israels durch einen Angriff auf Ägypten zu verbessern zu suchen. Weitaus gefährlicher als dieser Angriff aber ist sicherlich die Haltung Frankreichs und Englands, deren Regierungen Israel offenbar zu seinem Schritt ermutigt, wenn nicht sogar verleitet haben: einmal durch besondere Waffenlieferungen, insbesondere von Frankreich, dann aber auch durch das Versprechen ihrer aktiven Unterstützung. Die Versuche, eine solche Kooperation zu leugnen, entbehren, jeder Glaubwürdigkeit, um so mehr als England und Frankreich ihren Schritt im Nahen Osten als einen Versuch zugegeben haben, hier selbstherrlich etwas durchzusetzen, was die UNO nicht habe erreichen können. In Wirklichkeit laufen hier viele Interessen durcheinander. Als *Nasser* die finanzielle Unterstützung für den Bau des Assuan-Dammes nicht erhielt, den er seinen Landsleuten versprochen hatte, nationalisierte er den Suezkanal — einmal, um sich als „starker Mann“ zu erweisen, dann aber auch, um dabei Geld für Ägypten locker zu machen.

Die Behandlung der „Suezkrise“ war von Anfang an von England und Frankreich als Niederlage empfunden worden. Das nationale „Prestige“ konnte offenbar das ständige „Zurückweichen“ vor den Ansprüchen der farbigen Welt nicht ertragen. Und es wird nicht zu bestreiten sein, daß die beiden Regierungen versucht haben, *eigene* Ziele zu erreichen, die sie im Rahmen der UNO und im Einklang mit deren Statut *nicht* durchsetzen konnten. Für diese Annahme spricht die Wahl des Zeitpunktes: die bevorstehenden Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten und die Tatsache, daß sie ihren amerikanischen Verbündeten nicht informierten.

Wenn man sich aus vielen Einzelheiten ein Bild zu machen sucht, was England und Frankreich bei dieser Aktion als erreichbares Ziel vorschwebte, so scheint klar zu sein, daß sie die verlorene Konferenzschlacht in der Suezkrise durch eine „schlagartige“ Aktion zu ihren Gunsten wenden wollten. Sie wollten offenbar die Internationalisierung des Suezkanals erreichen. Der Streit um den Standort der UNO-Polizeitruppen in Ägypten macht das klar: Nasser will sie (mit Recht!) an der israelisch-ägyptischen Demarkationslinie haben, Eden am Suezkanal! Man hat gehofft, die „Aktion“ werde das ägyptische Volk demoralisieren, es werde Nasser stürzen und man könnte einen gefügigeren Mann an seine Stelle setzen. Damit hätte gleichzeitig die ägyptische Unterstützung des Kampfes in Algerien verhindert werden können, und eine rasche „Befriedung“ Nordafrikas wäre möglich gewesen. Schließlich wäre das „Prestige“ beider Länder im Nahen und Fernen Osten gestärkt worden. — Soweit die Illusionen!

Was ist erreicht worden? Nasser ist aus diesem Konflikt eigentlich als der Sieger hervorgegangen; sein Prestige ist ungeheuer gestiegen — und die englische und die französische Regierung stehen vor der gesamten Weltöffentlichkeit als Kriegsbrandstifter da, deren Versuch zum Glück nicht gelungen ist. Das Ansehen dieser beiden Mächte ist in der farbigen Welt auf den Nullpunkt gesunken, und zusammen mit ihrem eigenen haben sie den Ruf des gesamten „Westens“ ruiniert, dessen Glaubwürdigkeit im Kampf um eine freiheitlichere Welt erheblich gesunken ist. Und das Ziel, die Durchfahrt durch den Suezkanal zu sichern, die gar nicht bedroht war, haben sie selbst als Vorwand entlarvt — indem sie den Suezkanal für Monate durch die Versenkung von Schiffen blockiert haben. Und sie haben schließlich eine amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit gefördert, die sie gerade fürchten!

Es ist ein außerordentlich ermutigendes Zeichen, daß die übrige Welt im wesentlichen diese dreiste Überheblichkeit und die Gefährdung des Friedens durch einen angeblichen Präventivkrieg nicht hingenommen hat.

Dabei muß zunächst die Opposition der britischen Labour Party, der Liberalen, ja sogar mancher Tories erwähnt werden, die — ein Unikum in der britischen Geschichte — ihrer Regierung die Gefolgschaft während eines Krieges aufkündigten. Aber auch die Vereinten Nationen haben prompt reagiert. Die Vereinigten Staaten haben zunächst im Sicher-

## DIE BEWÄHRUNGSPROBE DER VEREINTEN NATIONEN

heitsrat und, durch das Veto Englands und Frankreichs auf die Vollversammlung verwiesen, dort eindeutig diesen Gewaltakt mißbilligt. Sie haben beschlossen, und zwar Amerika an der Seite der Sowjetunion, daß die fremden Truppen Ägypten zu verlassen hätten und daß eine Polizeimacht der Vereinten Nationen für die Aufrechterhaltung des Friedens in Ägypten sorgen sollte. Die Angreifer haben sich diesem Beschluß, wenn auch mit einigen Kautelen, gefügt.

### *Die Tragik Ungarns*

Es ist unserer Meinung nach ein Zufall, daß fast gleichzeitig mit dem Angriff auf Ägypten der Aufstand in Ungarn seinen Höhepunkt erreichte. Im Verlauf des „Tauwetters“, das als Folge der Entstalinisierungspolitik auch im Sowjetblock eingetreten war, hatte sich zunächst in Polen und später viel mehr in Ungarn gezeigt, wie schwierig es ist, Freiheit in kleinen Dosen zu verabreichen. *Chruschtschow* war es bei seiner bekannten Geheimrede vor den Funktionären der KPdSU wahrscheinlich klar, daß die Entstalinisierung in der bloßen Verurteilung *Stalins* selber nicht ihren eigentlichen Sinn finden konnte. In der Tat sind die Diskussionen um die Bedeutung dieser Politik auch in Sowjetkreisen sowie bei den Kommunisten außerhalb der Sowjetunion seitdem nicht abgerissen. Und in diesem Phänomen der ideologischen und politischen Erschütterung des Sowjetblocks liegt die eigentliche Schwierigkeit im Verständnis der heutigen Politik der Sowjetunion und in der Behandlung des Sowjetblocks.

Manche träumen von einem „Zusammenbruch“ dieses Blocks, den man nur noch zu „beschleunigen“ brauche! Es scheint uns zum Beispiel ein verhängnisvoller Fehler und mehr als das zu sein, wenn der Bundesverteidigungsminister *Strauß* am 12. November auf einer öffentlichen Kundgebung erklärt: „Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können.“<sup>1)</sup> Selbst wenn Minister *Strauß* (wie man hoffen darf!) dies nicht als einen *Plan* für die Behandlung der Sowjetunion hat aussprechen wollen, so genügt diese Bemerkung von verantwortlich tätigen Menschen schon, um in der Sowjetunion einen Eindruck zu erwecken, der die Hoffnung auf eine friedliche Politik der Koexistenz kaum stärken kann. Zudem sind schon manche Aussagen von „Ausradieren“ und „Von-der-Landkarte-Streichen“ als Bumerang auf den zurückgefliegen, der sich für unüberwindbar hielt. Wir begegnen hier nur einer Variation des alten Themas von der „Politik der Stärke“, die der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Moskau so energisch bestritten hat. Auch die französische und die englische Regierung waren bei ihrem Vorgehen in Ägypten vom gleichen Geist beseelt.

### *Grenzen der „Liberalisierung“*

Damit aber ist das Problem einer Politik der Koexistenz und ihrer Vertiefung *nicht* zu lösen. Die Sowjetunion steht vor zwei großen außenpolitischen Aufgaben: ihren Sowjetblock zusammenzuhalten und zur Erleichterung dieses Vorhabens innerhalb dieses Blocks *alles* an Liberalisierung zuzugestehen, was seine *Existenz* nicht gefährdet. Ihre Politik muß andererseits immer den farbigen Völkern *einleuchtend* erscheinen, einleuchtend in der Richtung, daß sie deren Interessen zu unterstützen gewillt ist. Diese Deutung der sowjetischen Politik wird bekräftigt durch das Verhalten der Sowjetunion in jüngster Zeit. In Polen hat man sie beim Wort genommen. Polen will „seinen eigenen Weg zum Sozialismus gehen“. Das ist nach *Chruschtschows* Zusicherung „noch erlaubt“. Die Wiederernennung *Gomulkas* zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens ist zwar gegen den Widerstand der Sowjetregierung erfolgt, sie intervenierte aber nicht mit Gewalt, da *Gomulka* Polen innerhalb des Sowjetblocks halten will. In Ungarn ist tragischerweise

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Nr. 266, 13. 11. 56.

überschätzt worden, was der Sowjetunion heute im Rahmen *ihrer* Politik offensteht — wenn sie nicht ihr ideologisches und machtpolitisches Gebäude völlig ins Wanken bringen will. Die Regierung *Nagy* hatte neben den Forderungen freier Wahlen, der Zulassung mehrerer Parteien, des Abzugs der sowjetischen Soldaten auch den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt verkündet. Dies würde sein Ausscheiden aus dem Sowjetblock bedeutet haben. Von der Sowjetunion aus gesehen, müßte dies als Signal für alle Ostblockstaaten gelten. Die Sowjetunion stand hier vor einem Dilemma: Nachgeben hieß den Sowjetblock gefährden. Das Blutbad, das sie angerichtet hat, war auch in den Augen der farbigen Welt ein barbarischer Akt — wie der Brief *Nehrus* an *Bulganin* und noch mehr seine Einleitung der außenpolitischen Debatte im indischen Parlament beweisen! Das Dilemma besteht weiter. Und die Sowjetunion wird ihm um so weniger in der Richtung auf eine *Liberalisierung* ausweichen, je mehr man ihr diese als „Schwäche“ auslegt. Ein konservativ-katholisches Blatt, die „Österreichische Neue Tageszeitung“, schrieb dazu: „Deshalb muß die Haltung der Weltpresse, die das zunächst sichtbare Einlenken der Sowjets offen oder zwischen den Zeilen als Schwäche darstellte, angeprangert werden.“ In Österreich weiß man offenbar besser, wie man mit den Sowjets umzugehen hat — wenn man etwas ohne Krieg erreichen will!

Die Sowjetunion kann also angesichts der internationalen Machtverhältnisse ein plötzliches Auseinanderfallen ihres Machtsystems nicht hinnehmen. Und zwar um so weniger, je mehr ihr die Aktion westlicher Mächte (wie jetzt im Nahen Osten!) vor Augen führt, daß auch diese selbstherrliche Regelungen internationaler Streitigkeiten für erlaubt halten. Das fürchterliche Blutbad in Ungarn und der Krieg in Ägypten haben, wie uns scheint, sowohl die Grenzen als auch die Möglichkeiten einer bestimmten internationalen Politik gezeigt. Es sind, wie wir glauben, für absehbare Zeit die folgenden:

#### *Allgemeine Ziele internationaler Politik*

Die Politik der sogenannten Stärke muß ein für allemal von allen Staaten der Erde nicht nur feierlich verdammt werden. Das ist schon öfter geschehen. Dieser Bann muß institutionell gesichert werden, wobei man sich klar sein muß, welche Mächte und Interessen heute miteinander ringen, welche Sorgen und Ängste bestehen, und welche Anforderungen also vernünftigerweise heute an eine möglichst gerechte Lösung der bedeutendsten Streitfragen gestellt werden müssen. Zunächst der Westen: Er beansprucht, Freiheit und Gerechtigkeit sichern zu wollen. Dieser Anspruch war mit einer Hypothek aus der Vergangenheit schwer belastet. Die Kolonialpolitik ist zudem auch heute noch nicht ein völlig überlebtes Ziel westlicher Staaten. Doch man konnte ihren Abbau sehen (in Indien, Burma, Pakistan z. B.), und man durfte erwarten, daß die westlichen Alliierten wenigstens den Weltfrieden nicht gefährden würden. Aber die jüngsten Taten haben selbst diesen Glauben erschüttert. Wie man sie auch auslegt, es gibt nur ein vernichtendes Urteil: Entweder waren sich die Regierungen Englands und Frankreichs bewußt, daß ihr Angriff auf Ägypten zum dritten Weltkrieg führen könnte — dann gehören ihre führenden Staatsmänner vor ein internationales Tribunal. Oder sie haben, wie es scheint, geglaubt, die beiden Atommächte, Amerika und die Sowjetunion, würden sich aus Sorge -um die Folgen eines Atomkrieges nicht einmischen — dann bedeutet es, daß England und Frankreich bereit sind, nach wie vor eine Kolonialpolitik alten Stils zu führen. Sie haben damit nicht nur moralisch, sondern auch politisch versagt. Politisch deshalb, weil sie offenbar keine Ahnung von der Sowjetpolitik und ihrer Anlage auf längere Sicht haben. Denn selbst wenn die Sowjetunion aus Sorge vor einem Krieg Ägypten seinem Schicksal hätte überlassen mögen — sie hätte es schon im Interesse ihres Ansehens in der farbigen Welt nicht tun können. Der Drohbrief *Bulganins* an *Eden*, die Landung sowjetischer Flugzeuge in Syrien und die Ankündigung der Bereitstellung von Freiwilligen für den ägyptischen Kriegsschauplatz waren logische Folgerungen aus dieser Grundhaltung!

## DIE BEWÄHRUNGSPROBE DER VEREINTEN NATIONEN

### *Die Notwendigkeit einer Weltsicherheitsbehörde*

Die Welt muß den Vereinten Nationen dankbar sein, dabei vor allem dem Eingreifen *Eisenhowers* und *Hammerskjölds*, die ohne Rücksicht auf die schwere Belastung des „Westens“ die Angreifer verurteilten, Ägypten wieder zu verlassen, was ihrer Charakterisierung als Angreifer gleichkommt. Die Vereinten Nationen haben ihre Reputation außerordentlich gestärkt. Auf dieser Grundlage muß weitergearbeitet werden. Die ad hoc-Bildung und der Einsatz einer Polizeitruppe deutet auf einen schweren Mangel hin: Es fehlt den Vereinten Nationen eine militärische Macht, die für Polizeiaufgaben *sofort* eingesetzt werden kann. Eine Weltsicherheitsbehörde mit polizeilicher Exekutivgewalt muß also die eigentliche Krönung der *Organisation* der Vereinten Nationen sein.

Wie werden sich die östlichen und die farbigen Völker dazu verhalten? Die Sowjetunion und der Sowjetblock sind durch die Entstalinisierungspolitik und durch ihren fürchterlichen Eingriff in Ungarn ihrerseits in moralische und politische Schwierigkeiten gekommen. In Ungarn stehen die Sowjets vor einer Lage, aus der sie kaum einen Ausweg sehen. Eine kommunistische Regierung ist für Ungarn unmöglich geworden, selbst eine „titoistische“ steht vorläufig vor kaum lösbaren Aufgaben. Ein einfacher Rückzug der Sowjets aus Ungarn und seine Überlassung an den „Westen“ würde eine Revolution im Sowjetblock bedeuten, ist also so gut wie ausgeschlossen. Nur außergewöhnliche Schritte könnten weiterhelfen, frei von jeder Drohung und jedem Pharisäertum. Es könnten von den Vereinten Nationen einige Männer und Frauen überragender und erprobter Qualität gebeten werden, nach Ungarn zu gehen und als ehrliche Makler des guten Willens das Land zu befrieden suchen. Wir denken etwa an den indischen Ministerpräsidenten *Nehru*, den ehemaligen Ministerpräsidenten von Burma, *U Nu*, eine hohe schweizerische Persönlichkeit — vielleicht einen Bundesrichter —, *Frau Elinor Roosevelt*, je einen Mann oder eine Frau aus Schweden und Österreich. Bei der ungeheuerlichen Verhärtung der Gegensätze in Ungarn, in dem vorläufig jede Autorität zerstört zu sein scheint, muß verhindert werden, daß nach einem Aufhören des ungarisch-russischen Blutbades ein innerungarisches Blutbad einsetzt, wie etwa nach der Beendigung der ungarischen Räterepublik 1919 unseligen Angedenkens. Die Sowjetunion muß beim Wort genommen werden, denn sie hat am 30. Oktober 1956 über Radio Moskau erklärt, daß sie bereit sei, mit den Ostblock-Staaten über die Verwendung und Zurückziehung der russischen Truppen zu verhandeln, wobei sie offen zugab, bei der Behandlung dieser Länder Fehler gemacht zu haben, die sie zu beseitigen wünscht.

### *Der Ostblock und die Wiedervereinigung*

Der Westen sollte versuchen, mit den Ostblock-Staaten in besseren Kontakt zu kommen oder ihn herzustellen. Die Bundesrepublik hätte schon seit längerer Zeit Handelsverträge oder diplomatische Beziehungen mit Polen, Ungarn, auch der Tschechoslowakei aufnehmen sollen, weil Hilfe für diese Länder dann viel einfacher hätte erfolgen können als jetzt unmittelbar nach deren Konflikt mit der Sowjetunion, wo solche Schritte leicht eine „antisowjetische“ Spitze kriegen. Aber es liegt auch im Interesse des Westens, solche Beziehungen zu pflegen und Mißverständnisse auszuschalten, z. B. über eine „Bedrohung Osteuropas durch ein wiedervereinigtes Deutschland“.

Was die Wiedervereinigung Deutschlands selber angeht, so hat es einige unverantwortliche Stimmen gegeben, die gemeint haben, nur ein Aufstand in der Sowjetzone, ähnlich dem in Ungarn, könnte die deutsche Wiedervereinigung bringen. Zum Glück sind diese Stimmen nur vereinzelt laut geworden und wurden von der deutschen Öffentlichkeit zurückgewiesen. Die Bevölkerung der SBZ hat durch den Aufstand vom 17. Juni 1953 kundgetan, was sie von dem sowjetischen Regime hält. Durch Verhandlungen mit der Sowjetunion muß man zu erreichen suchen, daß die Entstalinisierung auch in der SBZ stattfindet, immer unter Berufung auf das, was die Sowjetregierung selber als ihre eigene

Politik feierlich verkündet hat. Die Sorge vor dem Zerfall ihres Ostblock-Systems braucht die Sowjets übrigens *nicht* zu hindern, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen — ein gespaltenes Land zusammenzufügen ist etwas anderes, als ein System von Bündnissen national geeinter Staaten zu zerreißen. Zudem ist die Sowjetunion auch *rechtlich* verpflichtet, die Wiedervereinigung Deutschlands mit zustande zu bringen! Freilich wird sie ihr niemals zustimmen, wenn die Möglichkeit besteht, daß das wiedervereinigte Deutschland der NATO angehört! Aber ein kollektives Sicherheitssystem in Europa wäre geeignet, *allen* Sicherheitsbedürfnissen — auch dem der Ostblock-Staaten — zu genügen.

*Aber die Sowjetunion?*

Manche werden einwenden, die Sowjetunion werde sich friedlichen Versuchen dieser Art nicht öffnen. Das bleibt zunächst einmal abzuwarten! Auf alle Fälle wird jede „Politik der Stärke“ aus dem Westen die Lage der „Liberalisierer“ im Osten erschweren — *Molotows* „come back“ zeigt deutlich diese Gefahr! Vor allem aber kann man den Zweiflern nur entgegenhalten, daß ja auch die Sowjetunion auf den Teil der Weltöffentlichkeit Rücksicht nehmen muß, der — obgleich wohlwollend — doch nicht zu ihrem Block gehört, nämlich auf die farbigen Völker. Viele haben sich gegen sowjetische „Freiwillige“ nach Ägypten ausgesprochen — deren bloß menschenfreundlicher Charakter schien ihnen — mit Recht — nicht gesichert zu sein! *Nehru* hat gegen die Behandlung Ungarns in einem Brief an *Bulgandin* scharf protestiert, *Mao Tse-tung* hat die Entwicklung in Polen und Ungarn begrüßt, bevor in Ungarn die Niederknüppelung des Aufstandes durch die russischen Truppen begonnen hatte. Das heißt, die Entwicklung zum „besonderen Weg zum Sozialismus“ wird von den farbigen Völkern, auch soweit sie Kommunisten sind, bejaht und begrüßt. Und wenn schon nicht im Interesse der Beziehungen zum Westen, so doch mit Rücksicht auf die zum Nahen und Fernen Osten wird die Sowjetunion bereit sein müssen, so viel Zugeständnisse zu machen, wie sie machen kann, ohne ihrem eigenen politischen Zerfall zuzustimmen. Und sie wird um so mehr Zugeständnisse machen *müssen* und machen *können*, je mehr der Westen durch uneigennützig und großzügige Hilfe an die farbigen Völker diese überzeugt, daß er mindestens so viel Sympathien verdient wie der Sowjetblock!

Auch die Sowjetunion muß den Weltfrieden wünschen, in ihrem eigenen Interesse. Wenn man davon ausgeht, wird es möglich sein und muß versucht werden, die Vereinten Nationen über jeden Verdacht hin so auszubauen und moralisch zu stärken, daß sowohl die farbigen Völker als auch der Osten beruhigt sein können über mögliche koloniale oder imperialistische Absichten der westlichen Welt. Auch die Aufnahme „Rot“-Chinas in die Vereinten Nationen ist längst überfällig! Man kann nur hoffen, daß die jüngsten Erfahrungen in Ägypten auch den westlichen Staaten den Ernst der Lage klargemacht haben, und daß sie restlos alle Vorstellungen verbannen, als wenn wir zu den Tagen vor 1933 zurückkehren könnten.

\*

Die Stärkung der UNO durch eine Weltsicherheitsbehörde mit einer polizeilichen Macht ist nur dann möglich, wenn man den Umfang nationaler militärischer Verteidigungskräfte durch eine kontrollierte Abrüstung dauernd herabsetzt. Das ist nicht nur eine Forderung der Sicherheit aller Völker, sondern liegt auch im Interesse der Wirtschaft aller Beteiligten und führt zur Erhöhung ihres Lebensstandards. Die riesigen Kosten, die heute nutzlos für Rüstungen ausgegeben werden, könnten zur Hilfeleistung an die sogenannten unterentwickelten Länder mitverwandt werden.

Wenn eine solche Entwicklung durch die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten und in Ungarn beschleunigt würde, dann wären die entsetzlichen Opfer nicht vergeblich gewesen.